Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Denkwürdigkeiten des Herzogs Ernst. 2.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Auch beschränkte sich die von Gottsched gerühmte Mundart der Gebildeten keineswegs auf das eigentliche Meißen. Im ganzen mittleren Deutschland hatte sich durch gegenseitige Ausgleichung in den höhern Schichten der Gesellschaft eine ziemlich verbreitete Umgangssprache gebildet, die sich von der Sprache der mitteldeutschen und mancher norddeutschen Dichter kaum merklich unterschied, und in der Gottsched mit vollem Rechte die Grundlage einer neuen einheitlichen Sprache fand. Darum sagt er in einer Anmerkung zur ersten Rechtschreibregel seiner Sprachkunst: „Was ich hier von der obersächsischen Aussprache sage, will ich keineswegs auf das einzige Meißen gedeutet haben. Wir können sicher auch das ganze Vogtland, Thüringen, Mansfeld und Anhalt nebst der Lausitz und Niederschlesien dazu rechnen. In allen diesen Landschaften wird in Städten, unter vornehmen, gelehrten und wohlgesitteten Leuten ein recht gutes Hochdeutsch gesprochen, welches man nach dem Sitze des vornehmsten Hofes das Obersächsische zu nennen pflegt."

(Schluß folgt.)

Die Denkwürdigkeiten des Herzogs Ernst.

2.

Außer dem thörichten Treiben der „Volksmänner" und ihrer Gefolgschaft machten dem Herzog Ernst auch gewisse konservative Kreise Schmerzen, die sich gegen die von ihm beabsichtigten liberalen Reformen sträubten, und nicht weniger Unruhe und Ärger verursachten ihm und seinen Verwandten in Brüssel und London Bestrebungen, welche, teils durch die Unfähigkeit der thüringischen Kleinstaaten zu dauerndem Widerstande gegen die Revolution, teils durch Gelüste in dem größten von ihnen, auf ihre Kosten noch größer zu werden, hervorgerufen, auf Bildung eines thüringischen Gesamtstaates oder gar eines neuen Königreichs unter Mediatisirung der Herzöge und Fürsten, eine Zeit lang auch auf Vereinigung der Länder und Ländchen der letztern mit dem Königreiche Sachsen abzielten.

Daß die Regierungen der traurigen Erscheinungen von 1848 nicht Herr werden konnten, war eine Thatsache, die sich aber nicht bloß auf die kleinen Staaten beschränkte. Trotzdem wurde für letztere daraus gefolgert, daß sie lebensunfähig und somit aufzulösen seien. Diese Frage wurde in Frankfurt und

ebenso in Thüringen selbst lebhaft erörtert, wobei man geschichtliche Erinnerungen aus der Urzeit hervorsuchte, um den angeblichen Einheitstrieb zu belegen. Bald sollte die Stammesgemeinschaft der Thüringer, bald der Begriff des alten Sachsen der Ottonischen Kaiserperiode, bald wieder die dynastische Zusammengehörigkeit des wettinischen Gesamthauses die Grundlage zu einer neuen Formation abgeben. Herzog Ernst setzte seinen Standpunkt seinem Bruder in einem Briefe vom 19. Juli auseinander. Es heißt da u. a.: „Auch in unsrer nächsten Nähe gehen Dinge vor, die mich sehr beunruhigen, und gegen die ich mit aller Kraft operire. Weimar, welches schon längst im Sinne hat, durch einen coup d'état sich aus seiner Lage zu reißen, die ihm nach und nach verderblich werden muß, ist deutlich mit der Farbe herausgegangen und hält, den monströsen Zustand in Altenburg vorschützend, die Vereinigung der thüringischen Staaten, nämlich des Großherzogtums und der drei Herzogtümer, aller Reuß und der beiden Schwarzburg zu einem Ganzen unter dem weimarischen Regentenhause für unumgänglich notwendig, erstens für Deutschlands Einheit und dann besonders für die Wohlfahrt der betreffenden Länder." Mit Recht sagt der Brief, daß es für Deutschland, wenn überhaupt noch Souveränitäten fortbestehen sollen, einerlei sei, ob es Staaten in sich schließe, die ein-, oder solche, die fünfhunderttausend Seelen zählen, daß die betreffenden Unterthanen solche Veränderungen nicht wollten, und daß die einzelnen Staaten mit viel mehr Nutzen und Neigung in Deutschland als in Weimar aufgehen würden. Er fährt dann fort: „Ich würde die Sache für weniger wichtig halten, wenn nicht Weimar bereits hinter unserm Rücken Schritte gethan hätte, welche ein rasches Handeln notwendig machen. Es hat erstens mit Altenburg unter der Hand einen Vertrag abzuschließen versucht, nach welchem letzteres in seinem vollen Umfange mit seinen Souveränitätsrechten an Weimar übergehen sollte, und dies wäre, so sehr auch diese Handlung alle Successionsordnung verletzt hätte, leicht zur That geworden, indem der Herzog nach allem, was bei ihm vorgegangen ist und noch vorgeht, nicht mehr regieren kann. ... Er hat sogar mit dem Könige von Sachsen wegen Anschlusses seines Landes an diesen Staat unterhandelt. Zweitens hat Weimar mit den Reuß und mit der Rudolstädter Regierung ähnliche Verhandlungen gepflogen und nach Aussage der Minister viel Bereitwilligkeit gefunden. Drittens hat es an dem Delegirten Wydenbrugk einen eifrigen Verfechter seiner Pläne, und die Sache wird nächstens vor das Parlament kommen, was höchst günstig ist, da Weimar durch die Presse die Ansicht verbreitet hat, unsre Herzogtümer seien dem Vereinigungsplane geneigt. Alles dies gebot ein rasches und kräftiges Einschreiten, ich eilte zuerst nach Weimar und, da ich bei dem Ministerium keine Aufrichtigkeit und Geneigtheit fand, nach Altenburg. Meine Überrumpelung hatte die besten Folgen, ... und ich brachte es sogar dahin, daß Altenburg mich zum Vermittler wählte, sowohl für die Vereinigungspläne als auch für die eignen Angelegenheiten. ... Auf den 22. ist es mir gelungen, Weimar,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Altenburg, Meiningen, die Reuß und die Rudolstädter zu vermögen, Abgeordnete nach Gotha zu einer Konferenz zu senden, der ich selbst vorsitzen werde. Die Hauptschlacht muß dann geliefert werden." Sie fand denn auch statt, und der weimarische Minister bekam über die Frage der Union von keiner Seite tröstliches zu hören, doch waren die Gegner des Projektes der Meinung, daß eine Reihe von Reformen in der Justiz und Verwaltung durch engeres Zusammenwirken der Regierungen ermöglicht werden könnte. Acht Tage nach dieser Ministerkonferenz hielten die konstitutionellen Vereine gleichfalls in Gotha einen Delegirtentag ab, wobei sich zeigte, daß das weimarische Gesamtstaatsprojekt auch in diesen Kreisen wenig Anklang gefunden hatte. „Das thüringische Königreich — antwortete Prinz Albert auf den Brief vom 19., — würde die deutsche Konfusion noch konfuser machen, und Weimar hat gar keine prétensions, es zu seinem Eigentume zu erklären"; dagegen war er mit den Ergebnissen der Gothaer Konferenz sehr zufrieden. Charakteristisch ist, was der schlaue konstitutionelle Musterkönig Leopold dem Herzoge in Betreff der erstrebten Mediatisirungen riet. Er schrieb: „Die wirklichen Unitarier hatten die Idee, daß Preußen in Deutschland aufgehen, daß es an die Spitze des deutschen Gemeinwesens gestellt werden sollte, und daß die übrigen Staaten dem Beispiele des in Deutschland aufgehenden Preußen zu folgen hätten. So hart mir diese Idee auch erscheint ist doch nicht zu leugnen, daß sie, wenn die Unität strenger zu nehmen ist, sich ungefähr so ausnehmen muß. Durch die Komplikationen in Preußen ging dieser Plan nicht durch, und es erschienen mehrere neue, deren allerneuester ist, daß man die Staaten, die scheinbar keine hinlängliche Lebenskraft besitzen, überreden will, selbst ihre Existenz aufzugeben. ... Über das Resultat, das daraus gezogen werden soll, höre ich zwei Versionen. Die erste ist, daß man daraus als zukünftigen Kern das erste reichsunmittelbare Land zu kreiren habe. ... Die zweite ist, daß die sich selbst zu regieren unfähigen kleinen Staaten an die größern abgegeben werden sollen. Soll in Rücksicht auf den Wunsch einer allgemeinen Unität den einzelnen Staaten ein vollständiges Ende gemacht werden, so begreife ich, daß die kleinen sich unterwerfen. Sollten sie jedoch an die größern abgegeben werden, so hindert dies offenbar die deutsche Einheit noch mehr, weil es den Partikularismus der Königreiche stärkt. ... Zu einem solchen Zustande durch freiwillige Abdikation beizutragen, ... wäre die Handlung eines schlechten Patrioten und obendrein eine wahrhaft einfältige Selbstentleibung. ... Solch eine Selbstabdikation kannst du überdies nicht ohne Zuziehung der Agnaten vornehmen, sowie ich selbst gegenüber von den konstitutionellen Ständen raten würde, dich hinter die Agnaten zu verschanzen. Die Agnaten sind kollektiv, was immer ein Vorteil ist, sie haben unbezweifelte Rechte, die man ihnen nicht abnehmen kann, ohne sie zu konsultiren. Der nächste Agnat ist in England in ganz guter Stellung, der andre bedeutendste hier mit dem Schlüssel zu Deutschland [für die Franzosen!] in seinen Händen, was auch einige

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Berücksichtigung verdient. Nun kommt noch die historische Stellung hinzu. Fast alle größern Staaten und mehrere der kleinern sind ein Mosaik verschiedener Territorien. . . . Sachsen allein besitzt in beiden Linien nichts, was das Haus nicht seit Jahrhunderten besessen hätte. Beide Linien sind sogar um einen Teil ihrer alten und teilweise wirklichen Familienbesitzungen gebracht worden. Die Verluste der ältern Linie, die für die damalige Reformation die Kastanien aus dem Feuer zog [sehr bezeichnend für den Briefschreiber!], sind seit dreihundert Jahren bedeutend genug gewesen. Von dieser ältern Linie sind nun denn doch nicht unbedeutende Zweige in Europa gerade solche, welche dem konstitutionellen Wesen glänzende Dienste geleistet haben" — und, so dürfen wir wohl hinzufügen, dafür von den westlichen konstitutionellen Großstaaten Unterstützung ihrer deutschen Vettern beanspruchen dürfen. Der königliche Rat schließt: „Aufgeben aller Souveränitätsmomente, welche dem Gesamtreiche zu gute kommen können. Will dieses das Verschwinden aller Separatstaaten, dann herzliches und patriotisches Zustimmen zu solch einem Schritte. Handelt es sich jedoch nur um Separatspoliation und Selbstmord, alsdann höfliches Hinweisen auf allgemeines Recht, le droit commun, und auf internationales Recht und in keinem Falle selbst abdiziren."

Wie der Neffe in Koburg sich zu der Auffassung des Brüsseler Oheims stellte, geht am besten aus einem Schreiben des erstern hervor, welches Mitteilung von den preußischen Vorschlägen zur Einsetzung eines Fürstenrates machte und ebenfalls sehr bezeichnend ist, wenn wir gewisse dunkle und mit früheren kleinmütigen Äußerungen des Verfassers schwer vereinbare Stellen richtig deuten. Er schreibt: „Der Weg ist nun gebahnt zu einer teilweisen Ausführung der preußischen Vorschläge! . . . Hiermit hoffe ich auch die unselige Verschmelzung der kleinen Staaten zu einem thüringischen Königreiche, an dessen Spitze Weimar stehen wollte, ganz unmöglich gemacht zu haben. Läge mir nicht am Allgemeinwohl und wäre ich nicht Feind aller revolutionären Bestrebungen, so wäre es mir ein leichtes gewesen, mich an die Spitze einer noch viel größern Vereinigung [etwa gar der Kaiserposten von Volkes Gnaden?] zu stellen. Es klingt wie Dünkel, aber — leider — möchte ich sagen, genieße ich in dieser Zeit einen Einfluß und eine Popularität in diesem Teile von Deutschland, wie ich es mir nie geträumt hätte. Unbewußt und ohne daß ich es im geringsten gesucht hätte, bin ich zu der zweifelhaften Ehre eines »Volksmannes« gekommen, und so unbequem und kitzlich die Stellung auch ist, so habe ich doch die Macht, der deutschen Sache großen Vorschub zu leisten, um mit Hintansetzung meiner eignen Interessen dem Ganzen zu dienen. Verschiednen Herren Vettern habe ich dadurch schon manchen Dienst geleistet; nichts desto weniger sind sie sehr eifersüchtig auf die Stellung, die ich einnehme." Noch einmal wurde das thüringische Vereinigungsprojekt durch Ministerkonferenzen beraten und zwar auf Veranlassung des Reichskommissars von Mühlen-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

fels, der es auf alle Weise beförderte. Die Hauptversammlung aber, die am 15. Dezember in Gotha stattfand, hatte fast nur negative Ergebnisse, und der weimarische Plan fiel durch. Die weitern Versuche, zu einer Zusammenfassung der thüringischen Kleinstaaten zu gelangen, bewegten sich auf gänzlich veränderter Grundlage. Im Februar trat der weimarische Minister von Watzdorf mit einem Unionsprojekte hervor, nach welchem neun Staaten, das Königreich Sachsen an der Spitze, einen Verein bilden sollten, welcher sich sowohl auf die militärischen Angelegenheiten wie auf die Gesetzgebung und Verwaltung erstrecken und eine gemeinsame Vertretung der vereinigten Länder in ihren Beziehungen zu dem deutschen Bunde herbeiführen sollte. „Meine Regierung — sagt der Verfasser — verhält sich zu demselben in durchaus wohlwollender und entgegenkommender Weise, ohne daß es jedoch möglich war, etwas entscheidendes zu thun, so lange nicht über den Abschluß der deutschen Frage, welche sich damals immer bestimmter in der Richtung auf das preußische Kaisertum bewegte, Klarheit gewonnen war. Das schlimmste an dem Projekte aber war, daß die königlich sächsische Regierung selbst nicht aus der Reserve heraustrat, welche sie sich in allen Unionsfragen von Anfang an auferlegt hatte."

Im zweiten Kapitel des dritten Buches, welches sich „Der Kampf um das Reich" nennt, fesseln uns vorzüglich zwei Aktenstücke: der Entwurf einer Verfassung für Deutschland, welchen Prinz Albert am 28. März 1848 einigen größern Fürsten und insbesondre dem Könige von Preußen übersandte, und die von diesem darauf erteilte Antwort. Der Prinz schreibt, die zu lösende Aufgabe sei Verwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat, und die Lösung müsse, wenn sie heilbringend und dauernd sein solle, aus dem jetzigen Thatbestande entwickelt werden. „Sie darf — fährt er fort — nicht eine gemachte Theorie sein, sondern die endliche Darstellung eines von dem deutschen Volke seit lange geahnten und ersehnten Zustandes, in welchem zugleich alle Erfordernisse des Staates auf das genügendste befriedigt werden. . . . Die Individualitäten der Völker durch eine über denselben Leisten geschlagene Zentralisation zu verwischen, wäre sündlich, denn in der Eigentümlichkeit und Gesetzlichkeit derselben besteht die vielseitige Lebenskraft und Lebensfrische des deutschen Volkes. Die Kronen und Dynastien, die mit der Persönlichkeit dieser Staaten eins sind, dürfen nicht verletzt oder erniedrigt werden, aber beide, Staaten und Völker, sollen als ein Ganzes politisch zusammengefaßt und lebendig dargestellt werden. Ich denke mir die Lösung so: die Fürsten des deutschen Bundes zusammen mit den Bürgermeistern der freien Städte bilden einen Fürstentag und wählen aus ihrer Mitte auf Lebenslänge oder eine Reihe von Jahren einen deutschen Kaiser. Die Stände der verschiednen deutschen Staaten wählen aus der Mitte je ihrer beiden Kammern [vom Könige am Rande mit optime begleitet] eine nach Einwohnerzahl und Bedeutung der Einwohnerzahl der einzelnen Staaten abgemessene Zahl ihrer Mitglieder und beschicken damit einen deutschen Reichs-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tag. Es werde ein oberstes Gericht, dem ein nicht entfernbarer Kanzler vorsitzt, gebildet, zusammengesetzt aus den juristischen Fakultäten der deutschen Universitäten, entscheidend in allen Fragen zwischen den verschiednen einzelnen Regierungen und ihren Ständen, sowie in allen deutschen Successions- und Regentschaftsfragen, auch Teilungen und Erbfällen. Dem Kaiser fällt die Repräsentation Deutschlands zu, er ist die Personifizirung deutscher Einheit und der oberste Handhaber der exekutiven Gewalt. In seinem Namen werden alle Reichsgeschäfte getrieben. . . . Er kann die Anträge des Fürstentages abschlagen, und ein Reichsbeschluß wird nur durch seine Sanktion rechtskräftig. . . . Seine Minister sind der Minister für das Äußere und die beiden Vorsitzenden einer Handelskammer und eines Kriegsrates. Diese Minister sind dem Reichstage verantwortlich. Die deutsche Handelskammer, zusammengesetzt aus Dienern der einzelnen Staaten, hat unter sich das deutsche Zoll-, Schifffahrts-, Straßen-, Eisenbahn-, Post- und Verkehrswesen. Der deutsche Kriegsrat, gebildet aus den Generalen, leitet die Organisation des aus den Truppen der einzelnen Staaten zusammengesetzten deutschen Heeres, an dessen Spitze in Kriegszeiten ein Bundesfeldherr steht. . . . Der Fürstentag hat ein Veto gegen die Beschlüsse des Reichstages und gegen die Besetzung der Ämter durch den Kaiser. Er besetzt unter Vorsitz des letztern die drei Reichskammern, hat die von dem Kaiser an den Reichstag zu machenden Anträge zu sanktioniren und erwählt mit diesem den Bundesfeldherrn. Er stimmt nach Majorität, doch so, daß die Fürsten größerer Staaten eine verhältnismäßig größere Stimmenzahl haben."

Der König ließ seine Antwort als vertrauliches Rundschreiben an befreundeten Höfen mitteilen, und es wurde damit ein Meinungsaustausch unter den Souveränen angebahnt, der nach unsrer Schrift „mehr als zwei Jahre fortgesetzt wurde." Dieses nicht offizielle Rundschreiben lautete, in seinen Hauptstellen sehr bezeichnend, wie folgt: „Von allen Verfassungsprojekten für Teutschland entspricht dieser des geistreichen und klugen Prinzen am meisten meinen Ansichten. . . . Als aktives Bundeshaupt mundet mir der Kaiser nicht. Ein Kaiser auf Zeit gewählt ist eine Monstrosität, gegen die ich geradezu protestire. Sollte das Bundesoberhaupt wirklich nur auf Zeit gewählt sein, . . . so darf der Kaisername nicht an ihm verschwendet und geschändet werden. Er heiße Regent. Aber auch dem lebenslänglichen Oberhaupte kann man . . . um Österreichs willen nicht den Kaisertitel geben. Teutsche Nation hat ein tausendjähriges Recht, daß ihr Haupt das unbestritten erste Haupt der Christenheit sei. Es ist aber nicht denkbar, daß der Erbe von dreißig römischen Kaisern diesem gekürten Oberhaupte den Rang zedirt. Ja es ist gar nicht einmal zu fordern. Gewiß, wie etwas gewiß sein kann, ist es aber, daß der russische Kaiser dieser Gattung teutschen Kaisers den Rang nun und nimmermehr giebt. Aus diesem allen weiß ich einen ganz leichten, ja für die teutsche Sache er-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sprießlichen Ausweg. Erkenne man — so fährt der gekrönte Phantast mit dem rückwärts gewendeten Antlitz fort — als Ehrenhaupt teutscher Nation den Römischen Kaiser wieder an. Erneuere man die römische Kaiserwürde, und wie bis zum Jahre 1806 unauflöslich mit dem Erbkaisertum Österreich — wenn man will pro honoris causa. Man lasse ihm aber auch gewisse bezeichnende Ehren. Ich bin ganz für das Küren des besondern teutschen Reichsoberhauptes. Nenne man dasselbe, wenn es, wie ich zu Gott hoffe, auf Lebenszeit gekürt und dann — echt teutsch — auch als die von Gott eingesetzte höchste Reichsobrigkeit anerkannt wird (und nicht à la polonaise als Spielball der Magnatenambitionen betrachtet wird), nenne man dasselbe »König der Teutschen« — wie vor Alters. Ich wünsche, daß die Könige des Bundes (die ihrem Titel wieder den kurfürstlichen gesellen sollten) den Wahlakt allein begehen; demnächst aber die übrigen souveränen Fürsten zur Zustimmung auffordern. Beides die Sache weniger Stunden, die Könige und Großherzoge etwa im sogenannten Konklave des Bartholomäusdoms zu Frankfurt, die Fürsten im Chor. Darauf wende man sich an den Römischen Kaiser und ersuche ihn ehrfurchtsvoll, die Wahl zu bestätigen. . . . Dann aber werde, wie vor Alters, der Dom dem Volke geöffnet, und seine Akklamation vollende die Wahl. Bald darauf werde der teutsche König gesalbt und gekrönt (eben wie auch der Römische Kaiser bei seinem erblichen Regierungsantritte) und zwar, wenn er römisch-katholisch ist, durch den Erzbischof von Köln, der Reichskanzler würde — ist er evangelisch, durch einen zu ernennenden Erzbischof von Magdeburg, Primus Germaniae. Durch diese Einrichtung der römischen Kaiserwürde auf das Haupt des österreichischen Erbkaisers wird Österreich erst dem Teutschen Reiche gewiß. Österreich wird für immer Deutschland gewonnen und mit ihm die schönsten, ersten Länder Teutschlands dem neuen (alten) Reiche gesichert — Tirol, Vorarlberg, Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Kärnten, Krain und Istrien. Trägt Österreich nicht die höchste Krone, so ist an ein Beugen desselben vor dem teutschen Wahloberhaupte unmöglich zu denken, wenn es jemals wieder einigermaßen zu sich kommt. Und wer wollte daran verzweifeln? Der Fürstentag scheint mir ein ungemein gesunder Gedanke zu sein. Nur denke ich mir ihn gegliedert, ähnlich dem alten Reichstage, in ein Kollegium der Könige und Großherzoge, der Herzoge und Fürsten. Durch die mediatisirten Fürsten und Grafen (teils viritim, teils in Bänke geteilt) verstärkt, würde der Fürstentag alle drei Jahre das teutsche Oberhaus des Reichstags bilden, dessen Unterhaus das Haus oder die Kurie der Reichsboten wäre. Nur empfehle ich aufs dringendste, daß bei der Stellung des Ober- zum Unterhause nie vergessen werde, daß souveräne Fürsten seinen Kern bilden und unter ihnen zwei Großmächte (daß sich Gott erbarme). Auch die Providirung der verantwortlichen Ministerien spricht mich gar sehr an. Ob dem Oberhaupte, zumal wenn es der König der Teutschen ist, nicht etwas mehr freie Hand gelassen werden kann, laß ich dahingestellt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ich fordere aber unter gewissen, namentlich kriegerischen und rebellischen Zuständen die Diktatur für den teutschen König. . . . Unter den Reichsboten wünsch' ich die Reichsritterschaft vertreten zu sehen mit Assessoren des übrigen deutschen Adels; dann aber Abgeordnete der Städte und Landgemeinden, die aber nicht gezwungen sein müssen, aus ihrer Gemeinde zu wählen."

Man sieht, die organisirte Konfusion, Unmöglichkeiten über Unmöglichkeiten, das Mittelalter und Japan dazwischen, ein Taikun und ein Mikado. War es denkbar, daß Österreich, der Mikado, sich, wenn es wieder erstarkte, mit der ihm zugedachten Stellung, die ihm nur honoris causa werden, fast nur ein Titel und ohne wesentlichen Einfluß sein sollte, begnügen und den Taikun, der Diktator werden konnte, sich gutwillig gefallen lassen würde? Und hätte wohl Nikolaus, der nicht bloß Kaiser, sondern auch Papst war, den römischen Erbkaiser, den sein königlicher Schwager von den Toten erwecken wollte und der den Anspruch erhob, das „unbestritten erste Haupt der Christenheit" zu sein, bereitwilliger den Rang gegeben als einem „teutschen Wahlkaiser"? Man denke sich Bismarck als Paten neben diesen utopischen Plan, den nur ein Radowitz aus der Taufe zu heben versucht haben könnte.

Im dritten Kapitel des dritten Buches: „Die Nationalversammlung und der Reichsverweser" findet sich wenig von den eingestreuten Briefen, Denkschriften und anderweitigen Dokumenten, welche das Werk des Herzogs beachtenswerter machen als der eigentliche Text, wo er selbst spricht, und wo viele Partien meist bekannte Dinge enthalten. Interessant in Betreff der Oberhauptsfrage ist die Denkschrift des sächsischen Ministers v. d. Pfordten, welche im April 1848 eifrig verbreitet wurde und S. 291 mit dem Lobe, nicht ohne Geschick aufgetreten zu sein, im Auszuge mitgeteilt wird. Es heißt darin: „Die Herstellung einer erblichen Kaiserwürde ist zwar sehr wünschenswert und für die Zukunft im Auge zu behalten; zur Zeit aber erscheint dieselbe aus vielen, kaum der Erwähnung bedürfenden Gründen als unmöglich. Österreich ist in einer Krisis befangen, deren Ende kaum zu ahnen ist, schwerlich aber in seiner Kräftigung im deutschen Sinne bestehen wird; seine neue Konstitution hat mehr einen slawischen als einen deutschen Staat gegründet. Auch Preußen ist nicht konsolidirt und hat fast überall im Volke unüberwindliche Antipathien gegen sich. Die übrigen Staaten sind nicht stark genug, um eine erbliche Kaiserkrone zu tragen, und ein Kaiser ohne Land ist vollends nur theoretisch denkbar, nicht aber praktisch möglich. Ist hier ein Erbkaiser jetzt noch unmöglich, so ist ein Wahlkaisertum für immer zu verwerfen, wenn man nicht alle Lehren der Geschichte vergessen will. Ebenso entschieden aber muß man sich auch gegen ein Kollektivoberhaupt, sei es nun der ganze Bundestag oder ein Kollegium von dreien erklären; das hieße die Schwäche der Bundesgewalt fortsetzen. Nur ein einzelnes Oberhaupt, mit einem verantwortlichen Ministerium an der Seite, kann der Träger einer starken Zentralgewalt sein, wie Deutsch-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

land sie braucht, wenn es nicht den auswärtigen Feinden und der Anarchie verfallen soll, und nur eine solche monarchische Zentralgewolt kann eine Garantie für die monarchische Verfassung der einzelnen Staaten bilden. . . . Nach allen diesen Erwägungen scheint folgender Vorschlag allein ausführbar und beruhigend zu sein: Die Würde des Oberhauptes wechselt von fünf zu fünf Jahren zwischen dem Kaiser von Österreich und den deutschen Königen nach ihrer bisherigen Rangordnung, so jedoch, daß jetzt aus diesen das erste Oberhaupt durch Stimmenmehrheit der deutschen Bundesglieder im engern Rate gewählt würde, nach demselben aber jedenfalls der Kaiser von Österreich, sofern er nicht etwa jetzt gewählt würde, den Turnus begönne."

Selbstverständlich hatte dieser Vorschlag keinerlei Aussicht, irgendwo Anklang zu finden, aber er brach dem Entwurfe des sogenannten Siebzehnerausschusses die Spitze ab, gegen den auch Baiern durch Vorlegung eines eignen Programms einen Schachzug gethan hatte.

Seit Anfang Mai versammelten sich die Vertreter des deutschen Volkes in Frankfurt, von welcher Stadt alte Reminiszenzen und der unpraktische Sinn der deutschen Politiker nun einmal nicht weichen wollten, und seit Mitte Mai hatten die sächsischen Herzogtümer wie die andern einzelnen Staaten dort für die Virilstimmen am Bunde je einen besondern Vertreter. Für Koburg-Gotha war es Stockmar, für Meiningen Professor Perthes, auch ein alter Freund des Herzogs Ernst. Seitdem das Bundespräsidium von der österreichischen Regierung dem bisherigen Vertrauensmanne der Siebzehner, Herrn von Schmerling, übertragen worden war, hatte sich der Bundestag vor seinem gänzlichen Abschiede eine etwas ehrenvollere Stellung errungen, aber die Frage der Neugestaltung des Bundes hatte dadurch wenig gewonnen, vielmehr war die Partei, welche Preußen zur Führung Deutschlands berufen sehen wollte, noch mehr in den Hintergrund gedrängt worden. Stockmar fand unter diesen Umständen nicht den Einfluß, den er gehofft hatte, und so „entwich er — wie der Herzog berichtet — am 2. Juni in einer Weise aus Frankfurt, die sich nur aus den Sonderbarkeiten dieses merkwürdigen Mannes erklärt," und begab sich heimlich nach Berlin, wo man bis zuletzt geschwankt hatte, „um den König noch im letzten Moment in die Aktion zu bringen. Er erntete nichts als den größten Mißerfolg." Einige Wochen vorher war Heinrich von Gagern auf einer Rundreise an die europäischen Höfe auch nach London gekommen, wo er dem Bruder Herzog Ernsts Gelegenheit gegeben hatte, „viel in die Karten zu sehen." Gagern muß dabei nicht viel Erfreuliches zu zeigen gehabt haben; denn Prinz Albert schrieb bald nachher an seinen Bruder über „die Errungenschaften der Neuzeit" ironisch: „Die meinige besteht in einem Schnupftuch mit den deutschen Farben, das man mir aus Frankfurt, dem Sitze der Sich-selbst-Ichschen deutschen Männer, Brüder, Bürger, Vertreter, Fünfziger, Meinungstüchtiger zugeschickt hat, und ich kann mich nun zeitgemäß schnäuzen." Die Ansicht von dem Treiben der Herren in

Frankfurt, die der Herzog selbst nach einem ihnen von ihm abgestatteten Besuche seinem Londoner Bruder aussprach (in einem Briefe vom 8. September), klingt auch nicht schmeichelhaft. Sie lautet in den Hauptstellen, nachdem er sich vorher gerühmt hat, er sei durch Bekanntschaft mit den meisten Männern des Tages nun mitten hinein in die Bewegung gekommen, und die gute Stimmung, die hier für ihn herrsche, habe ihm den Weg geöffnet, einerseits die Verhältnisse genau kennen zu lernen, anderseits Einfluß darauf zu gewinnen, wie folgt: „1. Ministerium. Mangel an aller Lebensfähigkeit und darum baldiger Sturz. Karl [Fürst von Leiningen] ist neben Peucker der einzige, der als Persönlichkeit jetzt genügte. [Als Persönlichkeit nur, denn als Politiker mißfiel er dem Herzog durch seine Neigung zu Mediatisirungen der Kleinfürsten.] Die übrigen sind beinahe alle zu Ministern in der jetzigen Lage unfähig. Lange Listen von Verkehrtheiten, welche die Herren mit einem seltenen sang-froid ausübten, liegen vor. 2. Nationalversammlung. Eine Gesellschaft von Menschen, die zum Teil weder begreifen, was ihre Aufgabe ist, noch zum andern Teil verstehen, wie man sich in einem Parlamente benimmt. Im einzelnen große Kapazitäten, die aber vereinzelt zu wirken glauben und eben weil sie nur allein glänzen wollen, sich gegenseitig verdunkeln und aufheben. Eine Rechte und eine Linke, aber keine geregelte Partei. Keine rechten Führer und ohne Parteitreue! Das Ministerium fiel besonders darum, weil einige Narren — wenn auch Dahlmann dazu gehört —, um als Märtyrer sich bemitleiden zu lassen, in eine Minorität zu kommen wünschten und die Versammlung durch ihre Reden so hinrissen, daß sie eine Majorität verlangten und ihr eignes Ministerium fallen machten. Jetzt stehen sie auf dessen Trümmern und können unmöglich ein Ministerium aus dieser Majorität herausbringen. Ganz Deutschland ist in ängstlicher Spannung. Ich habe furchtbaren Sitzungen beigewohnt. Ich begreife nun, daß Stockmar um keinen Preis in dies Ministerium will. . . . 3. Reichsverweser. Man traut ihm nicht. Ob mit Recht oder Unrecht, will ich nicht erwägen. [Man hatte guten Grund, ihm zu mißtrauen als einem Österreicher, dessen Biedersinn und Gemütlichkeit es hinter den Ohren hatte.] Von eigentlicher Politik, von der Art, wie man mit fremden Mächten umgehen muß, haben die Leute hier keine Ahnung. Die Haare stehen einem zu Berge, wenn man daran denkt, wohin wir kommen, wenn man hier so fortfährt. Vielen gehen nun zwar die Augen auf, und sie erschrecken über sich selbst, viele aber sind blind vor Dünkel und Selbstinteresse. Ich habe dich mit deinem ruhigen Verstande hierher gewünscht, um ihnen den Staar zu stechen."

Wir haben oben einen Brief des Herzogs nicht recht erklärlich gefunden, stoßen aber im vierten Kapitel des dritten Buches, welches die Überschrift „Das Ende der Frankfurter Träume" hat, auf ein Schriftstück, welches vielleicht einiges Licht auf das zu werfen geeignet ist, wessen der Herzog sich dort freut und rühmt, und welches mit ähnlichem auch spätere Äußerungen des Gefühls

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

seiner Bedeutung — wir denken an die Zeit der Schützenfeste und des Nationalvereins — einigermaßen begreiflich machen könnte.

Es war in der Zeit nach der Ablehnung der Kaiserwürde durch Friedrich Wilhelm, dem Herzog Ernst brieflich zur Annahme derselben geraten und erklärt hatte, er werde ihn mit Freuden an der Spitze Deutschlands sehen (S. 327). Die Aufstände der republikanischen und anarchistischen Elemente in Sachsen, Baden und der Pfalz hatten stattgefunden, mit Beseitigung Gagerns und Einsetzung des jämmerlichen Ministeriums Grävell-Jochmus waren in Frankfurt auch die letzten Rücksichten des Reichsverwesers auf Preußen gefallen. Preußen hatte seine Abgeordneten aus der Paulskirche heimberufen. Die Nation sah die Hoffnungen untergehen, die mit dem „Völkerfrühling" von 1848 ihre Erfüllung zu finden schienen. In dieser Not kamen dem Herzoge Ernst, wie er S. 336 sagt, zahlreiche Aufforderungen zu, sich an die Spitze einer großen nationalen Erhebung zu stellen. Eine Probe davon, welche nach Ansicht unsers Buches „für die politische Lage der Zeit vielleicht bezeichnender war als alle in öffentlichen Blättern gelieferte Artikel," wird in Gestalt eines Briefes vom 11. Mai 1849 mitgeteilt, in welchem ein dem Herzoge bekannter, leider nicht von ihm genannter Mann, ein Koburger oder Gothaer jedenfalls, u. a. sich mit folgenden Worten an seinen „wahrhaft geliebten und verehrten Fürsten" wendet: „In dieser schreckenerregenden Lage sieht Deutschland sich nach einem Retter um, und dieser Retter ist kein andrer als Sie, Hoheit. . . . Alle Besonnenen — ihre Zahl ist groß — die ebenso vor dem Verrat der deutschen Sache wie vor der entsetzenerregenden roten Republik zurückschrecken, sprechen laut aus, daß nur Rettung zu finden sei, wenn ein deutscher Fürst sich für Ein- und Durchführung der Reichsverfassung an die Spitze der Bewegung stellt, daß kein andrer Fürst den deutschen Sinn, die Hingebung an die deutsche Sache, den Heldenmut, die Hochherzigkeit hierzu besitze als Sie, Hoheit, der Sieger bei Eckernförde; daß kein andrer Fürst als Sie, der Zweig eines hochberühmten Fürstenstammes, welcher die Geschicke der Nationen Europas zu lenken augenfällig berufen ist, dieses Heldenwerk zu vollbringen vermag, daß, wenn Ew. Hoheit mit einer Schar deutscher Krieger, mit einem Aufruf an das deutsche Volk, für die Reichsverfassung, für die deutsche Sache sich um Sie zu scharen, auftreten würden, die Waffenfähigen aller deutschen Stämme zu Ihnen stoßen, daß Sie in kürzester Zeit Herr einer Macht sein würden, die der deutschen Sache sofort den Sieg verleihen, die den verderbenbringenden Bruderkrieg mit einemmale, ja vielleicht ohne Schwertstreich ein Ende machen, daß Ihnen die Liebe, die Verehrung, der Dank einer großen Nation werden und die Geschichte Sie den ersten und edelsten Helden beizählen würde."

Der Herzog scherzt über diese „Zumutung," überschreibt sie „Seltsame Phantasien," vergleicht sie mit dem Ansinnen der aufständischen fränkischen Bauern an Götz von Berlichingen und spielt auf das Leberleiden des Brief-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schreibers an, das ihn in die Laubwälder Kissingens gesandt, wo ihm Erinnerungen an den Aufstand der Edelleute gegen die treulose Fürstenmacht erwacht sein möchten, oder sich seinen Herzog als Anführer eines großen Volksheeres gedrcht habe, „der die Krone Karls des Großen wieder zu Ehren bringen sollte." Aber ob der Verfasser unsrer Selbstbiographie damals, als er das Aktenstück empfing und „zahlreiche" ähnliche ihm vorausgegangen waren oder folgten, über die Sache ebenso urteilte, wie jetzt als Schriftsteller, ob sie ihm nicht wohlthat, ihn nicht hob und mit Hoffnungen schwellte, ist mindestens zweifelhaft. Warum wird der Brief hier in seiner ganzen Länge abgedruckt? Blos um zu zeigen, wie wunderlich damals ein Anonymus und „zahlreiche" andre Phantasten dachten? Es scheint wohl richtiger, zu vermuten, diese Zuschriften seien liebe Erinnerungen und in ihrer Gesamtheit gleichsam ein kleiner Lorbeerkranz, den man sich aus vergangnen Tagen nimmt, um sich damit für die Geschichte zu schmücken.

David Beronski.

Von H. von Schreibershofen.

(Fortsetzung.)

Er sagt es selber, schrie Ruben und sprang aufgeregt umher. Er rühmt sich noch, daß er den Glauben seiner Väter verlassen hat und zu den Gojim gehört! Warum gehst du nicht gleich zu ihnen, werden sie dich doch mit offnen Armen aufnehmen! Laß dir von ihnen helfen! Ich mag nichts von dir wissen. Das Gesetz sagt, wir sollen keine Gemeinschaft haben mit den Ungläubigen, nimm dein Kind und gehe fort! Niemand soll von dir wissen —

Damals botest du mir dein Leben, sagte David, ich will dein Leben nicht, ich will nichts, gar nichts von dir. Aber Ruben! Ist es möglich, daß du gewußt hast, was du lasest, und die Worte nicht deine Seele trafen, dein Herz nicht entzündeten? Fiel der Schleier nicht von deinen Augen, und blendete dich das Licht nicht, welches jene Worte enthüllten? O lies sie noch einmal mit mir, laß dir von mir deuten und auslegen, was mir in der Einsamkeit klar geworden ist, was mich den langen, schrecklichen Winter hindurch erhalten und vorwärts getrieben hat, von Jesus, dem Christ, auf den ihr noch hoffet —

Wirst du schweigen mit deinen Lästerworten! unterbrach ihn Ruben voll Entsetzen. Ich will nichts von dir hören, nichts ausgelegt und gedeutet haben.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG